

17.1.2018

Motion

von Elisabeth Schoch (FDP)
und Albert Leiser (FDP)

Der Stadtrat wird aufgefordert, eine Strategie bezüglich der Alters- und Pflegezentren zu erstellen und dem Gemeinderat zu unterbreiten. Dabei ist zu prüfen, ob einige der Alterszentren in Form zum Beispiel von gemeinnützigem Wohnungsbau für Ü60 oder andere spezifische Zielgruppen überführt werden sollen. Insbesondere ist auch zu überprüfen, inwieweit die geplanten, baulichen Massnahmen der Stadt Zürich den zukünftigen Marktbedürfnissen entsprechen.

Ausserdem soll diese Strategie eine kritische Überprüfung der aktuell in Umsetzung befindlichen generellen Sanierungspläne der städtischen Alterszentren vor dem Hintergrund der Marktveränderungen beinhalten.

Begründung:

Die Menschen werden immer älter und bleiben dabei rüstig. Sie wollen so lange wie möglich individuell leben können. Im weiteren ist davon auszugehen, dass im Zuge der Digitalisierung und der Verbreitung von IoT sowie der Entwicklung von Zusatzservices rund um die Spitex die ältere Generation länger als heute zuhause wohnen kann und will.

Eine klare Tendenz zu weniger Alterszentren besteht seit mehreren Jahren (z.B. die HSLU im 2012, oder Überlegungen zum Sterben zuhause seit 2005, etc.). Man stellt heute fest, dass die Menschen in Alterswohnungen, betreutem Wohnen und eigenen Wohnstrukturen leben wollen, bis sie allfällig für eine allerletzte Lebensphase die Pflege in einem Pflegeheim beanspruchen müssen, weil es schlicht nicht mehr anders geht. Daraus kann man ableiten, dass die heutigen rüstigen Rentner kaum mehr in ein Alterszentrum wechseln wollen.

Die vom Kanton in Auftrag gegebene Obsan-Studie hat aufgezeigt, dass in der Stadt Zürich 1700 Alterszentrums-Plätze zu viel vorhanden sind. Dies entspricht in etwa den Plätzen mit der BESA-Stufe 0-2, welche in städtischen Alterszentren überdurchschnittlich häufig sind. Es zeigt sich also jetzt bereits, dass sich auch der Markt der Alterszentren – analog zum Spitalmarkt – rasch verändern wird.

Zudem werden die Kosten für die Pflege und das Alterswohnen steigen, und es ist mit den bestehenden Mitteln sorgfältig umzugehen. Es kann daher nicht sein, dass gesunde Menschen in ein teures Alterszentrum ziehen, nur weil Alternativen fehlen, die sie wohlgemerkt bevorzugen würden.

Aus diesen Gründen verlangen wir vom Stadtrat eine griffige Strategie, wie die Alters- und Pflegezentren im Zusammenhang mit den Leistungen des Waidspitals und der Stiftung Alterswohnungen und unter Berücksichtigung der Leistung von privaten, gemeinnützigen Anbietern von Alterswohnungen und Pflegezentren in der Zukunft strukturiert werden sollen.

 